



An den Grossen Rat

17.0837.01

WSU/P170837

Basel, 14. Juni 2017

Regierungsratsbeschluss vom 13. Juni 2017

Luftreinhalteplan 2016 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft

1. Luftreinhalteplan beider Basel 2016

Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben den Luftreinhalteplan 2016 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft genehmigt. Er tritt an Stelle des Luftreinhalteplans 2010, welcher vom Grossen Rat am 9. Februar 2011 zur Kenntnis genommen worden war.

Die Kantone sind gemäss Art. 33 der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) verpflichtet, den Umsetzungsstand der Massnahmen regelmässig zu überprüfen und bei Bedarf die Massnahmenpläne anzupassen. Wir stellen Ihnen den Luftreinhalteplan 2016 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur Kenntnisnahme zu.

1.1 Bisherige Erfolge und Handlungsbedarf

Seit Inkrafttreten der Luftreinhaltepläne 1990, 2004, 2007 und 2010 hat sich die Luftbelastung in der Region Basel weiter verbessert. Die Grenzwerte von Feinstaub (PM₁₀) wie auch von Stickstoffdioxid (NO₂) werden heute im ländlichen Gebiet im Jahresmittel mehrheitlich eingehalten. In der Stadt Basel und in der Agglomeration liegt der Jahresmittelwert der PM₁₀- und NO₂-Konzentration im Bereich der Grenzwerte. An verkehrsexponierten Orten sind die NO₂-Grenzwertüberschreitungen teilweise immer noch erheblich. An einigen Tagen pro Jahr treten Überschreitungen des Tagesgrenzwertes von PM₁₀ oder NO₂ hauptsächlich in den Wintermonaten auf (Wintersmog-Episoden). Eine übermässige Ozonbelastung kommt im Sommer flächendeckend vor (Sommersmog-Episoden).

Die Folgen dieser übermässigen Luftschadstoffbelastung sind gesundheitliche Beeinträchtigungen wie Atemwegs- und Herz-Kreislaufkrankungen. Die Luftverschmutzung belastet auch die Natur – die Artenvielfalt geht verloren und die Widerstandsfähigkeit der Wälder gegenüber Sturmereignissen, Trockenheit oder Frost wird beeinträchtigt. Ursache ist der Stickstoffeintrag in die Wälder und in die empfindlichen Ökosysteme, welcher deren Belastungsgrenzen immer noch deutlich überschreitet.

Der Ausstoss von Stickoxid (NO_x) hat seit 1990 um über 65% abgenommen. Die Emissionen an flüchtigen organischen Verbindungen (VOC = volatile organic compounds) konnten um rund 80% reduziert werden. Der Ausstoss von PM₁₀ hat seit 1990 um rund 30% abgenommen und von Ammoniak (NH₃) um rund 10%. Der Verlauf der Emissionen sieht für die nächsten Jahre bei allen

Schadstoffen eine weitere Reduktion vor.

Dennoch braucht es zusätzliche Reduktionen des Schadstoffausstosses, um die Luftreinhalteziele gemäss dem Luftreinhaltekonzept (LRK) des Bundes vom 11. September 2009 zu erreichen. Ausserdem hat sich die Schweiz im Rahmen der Änderung des Göteborg-Protokolls 2012 verpflichtet, die NO_x-Emissionen bis 2020 gegenüber 2005 um 41% und die VOC-Emissionen um 30% zu vermindern.

Abgeleitet aus den Bundeszielen und den aktuellen Belastungen in der Region müssen in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft die aktuellen NO_x-Emissionen um rund 20% reduziert werden, die PM10-Emissionen um 35%; die VOC-Emissionen um 15% und die NH₃-Emissionen um 35%.

1.2 Stand Umsetzung Massnahmen Luftreinhalteplan 2010

Die umgesetzten Massnahmen des Luftreinhalteplans 2010 können als erledigt abgeschrieben werden. Zudem werden auch diejenigen Massnahmen abgeschrieben, die aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt werden konnten oder auf deren Umsetzung verzichtet wurde.

Bezeichnung	Massnahmen	Status
V5	Umsetzung Förderungsprogramm "Nachhaltige Mobilität Basel-Stadt"	Wurde fast vollständig umgesetzt. Ist nun Teil der Mobilitätsstrategie in Basel-Stadt.
V6	Prüfung der lufthygienischen Auswirkungen des Agglomerationsprogramms Basel	Umgesetzt resp. wird laufend aktualisiert.
V7	Pilotprojekt zur Installation einer Staubbinderungswand bei Tunnelportalen	Das Bundesamt für Strassenverkehr (ASTRA) hat die Umsetzung eines Pilotprojekts abgelehnt.
E4	Verkürzte Sanierungsfristen für Holzfeuerungsanlagen	Auf eine Fristverkürzung wurde aus Gründen der Verhältnismässigkeit verzichtet.
E5	Förderung von stickstoffarmen Heizöl	Der Antrag wurde vom Bund abgelehnt.
IG4	Reduktion der Emissionen bei Maschinen im Bereich Abbau und Deponie sowie auf Firmenarealen	In den kant. Massnahmenverordnungen verankert. Umsetzung im Rahmen des ordentlichen Vollzugs.
IG5	Baustellenverkehr	Verzicht, da nur ein begrenztes Reduktionspotential und geringe Einflussnahme bestehen.
K1	Umweltsparbuch	Verzicht, da keine Partner für die Umsetzung gefunden werden konnten.

1.3 Neue Massnahmen

Der neue Luftreinhalteplan beider Basel 2016 (LRP 2016) nimmt die bisherigen Massnahmen in den verschiedenen Bereichen auf, schreibt erfolgreich realisierte Massnahmen ab und postuliert neue Massnahmen gemäss dem aktuellen Stand des Wissens und der Technik. Die ergänzenden Massnahmen sehen technische wie auch organisatorische Lösungen in allen Handlungsfeldern vor.

Der LRP 2016 sieht acht neue sowie die Weiterführung von drei Massnahmen vor. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die weiterzuführenden bisherigen und die neuen Massnahmen.

Sektor	Bezeichnung (neu, fett)	Massnahmen	Typ
Verkehr	V3 (LRP 2007)	Aktionsplan gesunde Luft in Wohnquartieren	Kantonale Massnahme BS
	V8 (neu)	Sicherstellung der Konformität der Fahrzeuge-emissionen	Antrag an den Bund
Rheinschifffahrt	S1 (neu)	Landseitige Elektrifizierung der Liegeplätze	Kantonale Massnahme BS
Energie	E7 (neu)	Emissionsminderung bei Holzfeuerungen >70kW	Bikantonale Massnahme
	E8 (neu)	Reduktion von Emissionen aus Pizza- und Holzbacköfen	Bikantonale Massnahme
	E9 (neu)	Emissionsminderung bei Notstromaggregate	Bikantonale Massnahme
Industrie/Gewerbe	IG3 (LRP 2010)	Reduktion der VOC-Emissionen in Betrieben	Bikantonale Massnahme
Landwirtschaft	LW1 (LRP 2007)	Verbot der offenen Verbrennung von Schlagabraum und Grünmaterial	Kantonale Massnahme BL
	LW3 (neu)	Nachfolgeprogramm Ressourcenprojekt Ammoniakminderung	Kantonale Massnahme BL
	LW4 (neu)	Anträge an den Bund zur Reduktion der Ammoniakemissionen	Antrag an den Bund
Raumplanung	P1 (neu)	Hitze und Durchlüftung im Siedlungsgebiet	Kantonale Massnahme BS
Querschnitt	Q1 (neu)	Beteiligung am trinationalen Interreg V Projekt „Verringerung Umweltbelastungen“	Bikantonale Massnahme

Da die NO₂-Belastung hauptsächlich in der Stadt Basel und entlang der Verkehrsachsen überschritten sind, wird die Massnahme V3 „Aktionsplan gesunde Luft in Wohnquartieren“ (LRP 2007) weitergeführt und punktuell ergänzt. Der vom Regierungsrat im Jahr 2013 genehmigte Synthesbericht "Aktionsplan gesunde Luft in Wohnquartieren im Kanton Basel-Stadt" zeigt auf, mit welchen Massnahmen¹ bis zum Jahr 2020 eine Verminderung der Luftbelastung erreicht werden könnte. Die Massnahme V3 wird daher im LRP 2016 weitergeführt.

Bei den Abgasemissionen von Fahrzeugen wurden in den letzten Jahren weitere Fortschritte erzielt, und es werden weitere Verbesserungen erwartet. Die Abgasvorschriften für Fahrzeuge werden laufend verschärft. Abgasmessungen im realen Fahrbetrieb zeigen indes, dass die Abgasemissionen von dieselmotortriebenen Fahrzeugen trotz strengerer Grenzwerte nicht wie erwartet abgenommen haben. Es konnte nachgewiesen werden, dass im realen Fahrbetrieb höhere Emissionen als bei der Abgasmessung auf dem Prüfstand (Typenprüfung) ausgestossen werden (VW-Abgas-Skandal). Daher sollen die Abgasemissionen der Fahrzeuge im Alltagsbetrieb überwacht werden. Eine Massnahme sieht vor, dass der Bund selbst Stichprobenmessungen bei bereits immatrikulierten Fahrzeugen durchführen sollte. Zudem sollten die Bestimmungen in den Normen hinreichender konkretisiert werden (z.B. Betriebsbedingungen, Ausnahmemöglichkeiten für Abschaltvorrichtungen) sowie das Typgenehmigungsverfahren verschärft werden, damit keine Manipulationslücken bestehen. Einen entsprechenden Antrag werden die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft beim Bund stellen (neue Massnahme V8: Sicherstellung der Konformität der Fahrzeugemissionen).

Um die Stickoxid- und Dieselmotortruß-Emissionen an den Schiffsstandorten zu reduzieren, ist eine

¹ Die Massnahmen sehen u.a. die Ausbauplanung des Tramstreckennetzes 2020 unter Berücksichtigung der Entlastung der Feldbergstrasse sowie die Umsetzung von Tempo 30 Zonen.
www.basel.ch/politik-und-behorden/direktionen/bau-und-umweltschutzdirektion/luftthygiene/luftthygiene/aktionsplan

landseitige Elektrifizierung aller bestehenden und geplanten Liegeplätze in Basel-Stadt vorgesehen. Davon ausgenommen sind aus Sicherheitsgründen alle Standorte im Bereich von Tankanlagen (neue Massnahme S1: Landseitige Elektrifizierung der Liegeplätze).

Die Öl-, Gas- und Holzfeuerungen tragen rund einen Drittel an den PM10- und einen Fünftel an den NO_x-Emissionen bei. Dabei stammen die PM10-Emissionen hauptsächlich aus den Holzfeuerungen. Sie weisen heute oft zu hohe Emissionen aus, da sie überdimensioniert gebaut wurden. Dies führt dazu, dass sie in ungünstigen Betriebszuständen gefahren werden und hohe Emissionen verursachen. Durch eine bessere Dimensionierung und Steuerung der Anlagen sollen ungünstige Betriebszustände vermindert werden (neue Massnahme E7: Emissionsminderung bei Holzfeuerungen >70kW).

Bei Pizza- und Holzbacköfen wurden die lufthygienischen Anforderungen wegen fehlender Auflagen bisher nicht konsequent geprüft. Durch die hohen Betriebsstunden dieser gewerblichen Öfen sind lufthygienische Mindestanforderungen zum Schutze der Anwohner zu verlangen. Pizza- und Holzbacköfen sollten wie Holzzentralheizungen einen Konformitätsnachweis nach den massgebenden europäischen Normen und Emissionswerten gemäss LRV Anhang 4 Ziffer 212 vorweisen können (neue Massnahme E8: Reduktion von Emissionen aus Pizza- und Holzbacköfen).

In den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gilt bereits heute für Notstromaggregate verschärfend eine Stundenbeschränkung von 30 Stunden pro Jahr. Lufthygienisch und gesundheitlich von Bedeutung sind bei Notstromanlagen die Partikelemissionen, da diese hauptsächlich aus krebserregendem Dieseleruss bestehen. Da Partikelfilter heute Stand der Technik sind und Dieseleruss dem Minimierungsgebot unterstellt ist, soll für Notstromaggregate zukünftig ab einer Motorleistung von 19 kW ein Dieselpartikelfilter installiert sein (neue Massnahme E9: Emissionsminderung bei Notstromaggregate).

Zur Steigerung der Stickstoff-Effizienz und zur Reduktion der Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft richtet der Bund finanzielle Beiträge an Ressourcenprojekte gemäss Landwirtschaftsgesetz (LwG) aus. Abhängig von den personellen und finanziellen Ressourcen sowie den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen soll für das Ende 2017 ablaufende Ressourcenprojekt Ammoniak ein Nachfolgeprojekt entwickelt werden. Die Erarbeitung des Gesuchs soll in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband beider Basel erfolgen (neue Massnahme LW3: Nachfolgeprogramm Ressourcenprojekt Ammoniakminderung).

Mit Bezug auf das Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) soll beim Bundesrat zusätzlich die Prüfung von Massnahmen zur Reduktion der Ammoniakemissionen beantragt werden, die in den Kompetenzbereich des Bundes fallen (neue Massnahme LW4: Anträge an den Bund zur Reduktion der Ammoniakemissionen).

Baukörper, Bodenversiegelung und Abwärme verändern das lokale Klima. Auswirkungen sind eine städtische Wärmeinsel und eine verminderte Durchlüftung. Diese Effekte wirken sich negativ auf die Luftbelastung und damit auch die Lebensqualität in den Städten und stadtnahen Räumen aus. Bei einer langfristig angelegten Raumplanung sollte daher der Ist-Zustand des Lokalklimas berücksichtigt werden (z.B. Wärmeinseln, Durchlüftungssituation, Kaltluftseen). Dazu sollen entsprechende Grundlagen erarbeitet werden (neue Massnahme P1: Hitze und Durchlüftung im Siedlungsgebiet).

Aktuell werden im Oberrheingebiet verschiedene länderspezifische Luftqualitätsnormen (Grenz-, Ziel- und Schwellenwerte) beim PM10, NO₂ sowie Ozon nicht eingehalten. Zum Zeitpunkt der Partikelhöchstwerte im Frühjahr 2015 in Frankreich wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit grenzüberschreitende Schadstofftransporte dazu beigetragen haben. Im Rahmen des Expertenausschusses Luft der Oberrheinkonferenz (ORK) soll ein länderübergreifendes Interreg V-Projekt gestartet werden, welches das Ziel verfolgt, die geographische, sektorielle und energetische Herkunft der Luftbelastung darzustellen und daraus mögliche harmonisierte Massnahmen abzuleiten

(neue Massnahme Q1: Interreg V-Projekt Verringerung Umweltbelastungen).

1.4 Finanzielle Auswirkungen

Die geplanten Massnahmen sind teilweise mit Kosten für die öffentliche Hand, für die Privatwirtschaft und die Haushalte verbunden. Den Kosten gegenüber steht der Nutzen der Massnahmen in der Reduktion von Gesundheitskosten, die durch Luftverschmutzung verursacht werden (z.B. Atemwegserkrankungen). Die Verringerung von Luftschadstoffkonzentrationen und -depositionen haben einen weiteren Nutzen auf Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume, indem sie zur Erhaltung der Biodiversität beitragen.

Gemäss den Berechnungen des Schweizerischen Tropen- und Public Health Institut (Swiss TPH) verursacht die Luftbelastung insgesamt in den beiden Basler Halbkantonen jährliche Kosten von rund 600 Mio. Franken. Pro Person und Jahr sind das 1'300 Franken.

Die Massnahmen V8 (Sicherstellung der Konformität der Fahrzeugemissionen) und LW4 (Anträge an den Bund zur Reduktion der Ammoniakemissionen) sehen Anträge an den Bund vor. Diese Massnahmen sollen eigenständig auf Bundesebene umgesetzt werden. Bei den Kantonen fallen weder Kosten noch Aufwand an.

Die Kosten bei den vorgesehenen kantonalen Massnahmen sind abhängig von der jeweiligen Ausrichtung und von der vorgesehenen Umsetzungsstrategie. In der nachfolgenden Tabelle sind die Kosten und der Aufwand der neuen kantonalen Massnahmen aufgeführt:

Massnahmen		Kosten / Aufwand
S1	Landseitige Elektrifizierung der Liegeplätze	<ul style="list-style-type: none"> Direkte Kosten entstehen bei der Erstellung der Infrastruktur für die landseitige Stromversorgung. Die Erstellungskosten belaufen sich in den baselstädtischen Hafenbecken (inkl. künftiges Hafenbecken 3) auf etwa 8 bis 10 Mio. Franken und im Bereich der Fahrgastschifffahrt auf etwa 4 Mio. Franken und werden durch die Schweizerischen Rheinhäfen getragen. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch die Verrechnung der Strombezugskosten. Indirekte Kosten entstehen durch den Strombezug. Der Abrechnungsaufwand soll durch ein europaweit funktionierendes Bezahlssystem minimiert werden. Dank verminderten Treibstoffeinsatzes entstehen keine signifikanten Zusatzkosten.
E7	Emissionsminderung bei Holzfeuerungen > 70kW	<ul style="list-style-type: none"> Für die Kantone BS und BL entstehen durch diese Massnahmen keine Kosten. Die Umsetzung erfolgt mit dem bestehenden Stellenetat der Holzfeuerungskontrolle. Für den Anlagenbetreiber ergeben sich zwar höhere Planungs- und Investitionskosten, die je nach Feuerungswärmeleistung und Minderungssystem sehr stark variieren können. Dank zuverlässigeren und wartungsärmeren Betriebs sowie verbesserter Energieeffizienz (verminderten Brennstoffeinsatz) werden die Zusatzkosten für die Planung kompensiert.
E8	Reduktion von Emissionen aus Pizza- und Holzbacköfen	<ul style="list-style-type: none"> Für die Kantone entstehen durch diese Massnahmen keine zusätzlichen Kosten. Der Vollzug wird im Rahmen des bestehenden Stellenetats der Holzfeuerungskontrolle durchgeführt. Für den Anlagenbetreiber ergeben sich bei Nichteinhaltung der Grenzwerte resp. bei Geruchsklagen entsprechende Sanierungskosten, die je nach Feuerungswärmeleistung und Minderungssystem sehr stark variieren können. Bei einem Einbau z.B. eines Elektrofilters ist mit Kosten von 1'750 bis 3'000 Franken zu rechnen.
E9	Emissionsminderung bei Notstromaggregate	<ul style="list-style-type: none"> Für die Kantone BS und BL entstehen durch diese Massnahmen keine Kosten. Die Umsetzung erfolgt mit dem bestehenden Stellenetat. Die Zusatzkosten für einen Partikelfilter liegen je nach Leistung bei rund 3500 bis 7000 Franken.

LW3	Nachfolgeprogramm Ressourcenprojekt Ammoniakminderung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Kosten beim Kanton BL sind abhängig von der Ausrichtung des Projekts und den einzelnen Massnahmen. Der Bund beteiligt sich mit bis zu 80 Prozent an den Kosten für die Realisierung der Projekte und der Massnahmen. Die restlichen Kosten müssen durch den Kanton getragen werden. – Die spezifischen Umsetzungskosten bei den landwirtschaftlichen Betrieben sind abhängig von der Grösse des Tierbestandes, der Art der Stallbauten sowie der Art der Reduktionsmassnahme. Sie müssen im Einzelfall ausgewiesen werden. Die Teilnahme der Bauernbetriebe am Projekt ist grundsätzlich freiwillig. Eigenleistungen der Landwirte sind anrechenbar.
P1	Hitze und Durchlüftung im Siedlungsgebiet	<ul style="list-style-type: none"> – Beim Kanton BS entstehen durch die Erstellung der Klimaanalyse direkte Kosten. Vergleichbare Arbeiten im Raum Karlsruhe hatten Kosten im Umfang von rund 220'000 Euro zur Folge. Im Budget 2017 – 2021 des Amts für Umweltschutz Basel-Stadt ist ein Betrag von 250'000 Franken für das Projekt bereits eingestellt. – Indirekte Kosten entstehen in der Phase der Umsetzung der Massnahmen durch Planungs- und Bauvorschriften, welche zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden können.
Q1	Interreg V Projekt Verringerung Umweltbelastungen	<ul style="list-style-type: none"> – Für die Kantone BS und BL entstehen keine direkten Kosten. Der Bund fördert im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) seit dem 1. Januar 2008 die Mitwirkung der Kantone an Interreg.

Die Umsetzung erfolgt mit dem bestehenden Stellenetat. Bei einzelnen Massnahmen ergeben sich für die Anlagenbetreiber höhere Planungs- und Investitionskosten, die je nach Anlagentyp sehr stark variieren können. Dank zuverlässigerem und wartungsärmerem Betrieb der Anlagen werden die Zusatzkosten jedoch kompensiert bzw. es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Durch die Umsetzung der verschiedenen Massnahmen ergeben sich Synergien, was zusätzlich zu einem höheren Gesamtnutzen führt. So führt die Effizienzsteigerung bei den Holzfeuerungen nicht nur zu einer Verminderung von Luftschadstoffemissionen, sondern auch zu einem verminderten Energieverbrauch. Insgesamt überwiegt der volkswirtschaftliche Nutzen der verbesserten Luftqualität aufgrund der Massnahmen die notwendigen Kosten. Vor allem aber bedeutet eine bessere Luftqualität auch eine verbesserte Lebensqualität für die Bevölkerung.

1.5 Fazit und Ausblick

Die kantonalen Prognosen zeigen, dass bis zum Jahr 2020 die Schadstoffemissionen abnehmen werden und die Luftqualität sich verbessern wird. Die mit dem LRP 2016 vorgesehenen Massnahmen werden zu einer zusätzlichen Reduktion der Luftschadstoffemissionen führen. Die dauerhafte übermässige Belastung der Luft wird sich so weit entschärfen, dass die Einhaltung der LRV-Jahresgrenzwerte näher rückt. Bis im Jahr 2020 werden jedoch bei keinem Schadstoff die Immissionsgrenzwerte eingehalten bzw. die Luftreinhalteziele gemäss dem eidg. Luftreinhaltekonzept vollständig erreicht. Wintersmog-Episoden und zu hohe Ozonwerte im Sommer werden weiterhin auftreten.

Der Handlungsspielraum der Kantone und das Instrument Massnahmenplanung stossen an ihre Grenzen. Die kantonalen Massnahmen alleine reichen nicht aus, um die Grenzwerte einzuhalten. Die Mittel und Wege zur Erreichung der Luftreinhalteziele müssen verhältnismässig sein und sie müssen mit konkurrierenden und teilweise gegenläufigen Bestimmungen, beispielsweise zur Landesversorgung, wirtschaftlichen Prosperität oder gesellschaftlichen Verträglichkeit, vereinbar sein. Dies führt zu Zielkonflikten, die Abstriche an den Vorgaben und Kompromisse notwendig machen. Dies erklärt und rechtfertigt in gewissem Sinn, dass Massnahmen auf das technisch Machbare und politisch Umsetzbare fokussieren und weiterhin Ziellücken bestehen bleiben.

Die meteorologischen Einflüsse wie auch die grenzüberschreitenden und europaweiten Schadstoffverfrachtungen bewirken Sockelbelastungen, die nur im grossräumigen Kontext zu beeinflussen sind. Um die Luftreinhalteziele vollumfänglich zu erreichen, braucht es zusätzlich nationale Massnahmen in allen Bereichen und eine Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit. Deshalb gewinnen die Bundesmassnahmen wie z.B. Anpassungen der Abgasvorschriften bei Fahrzeugen, Maschinen und Geräte sowie die internationalen Bemühungen zunehmend an Bedeu-

tung.

1.6 Umsetzung und weiteres Vorgehen

Die vorgesehenen Massnahmen werden im Rahmen des Regelvollzugs oder in den jeweiligen Projekten umgesetzt. Für die Umsetzung der Massnahmen sind die einzelnen Fachstellen zuständig. Das Lufthygieneamt beider Basel koordiniert die Umsetzung. Der LRP 2016 ist grundsätzlich behördenverbindlich. Die Weiterbearbeitung der hier aufgeführten Projekte und Massnahmen erfolgt inklusive der stufengerechten Finanzierung auf dem ordentlichen Weg. Entscheide fallen folglich im Rahmen der Projekte mit den entsprechenden Beschlussfassungen durch den Regierungsrat und den Grossen Rat sowie die Bevölkerung im Falle eines Referendums.

Für die Massnahmen „E7: Emissionsminderung bei Holzfeuerungen > 70kW“, „E8: Reduktion von Emissionen aus Pizza- und Holzbacköfen“ und „E9: Emissionsminderung bei Notstromaggregate“ ist eine Anpassung der jeweiligen kantonalen Verordnung zur Verschärfung der Emissionsbegrenzungen bei stationären Anlagen (VVESA) nötig. Im Kanton Basel-Stadt ist dies die Massnahmenverordnung (SGS 781.220), im Kanton Basel-Landschaft die VVESA (SGS 786.14).

2. Antrag

Mit dem vorliegenden Bericht hat der Regierungsrat die gemäss Art. 33 der Luftreinhalteverordnung vorgegebene Pflicht zur Erstellung eines Luftreinhalteplans erfüllt. Der Regierungsrat beantragt vom Luftreinhalteplan beider Basel 2016 Kenntnis zu nehmen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage

Luftreinhalteplan beider Basel 2016 (inkl. 7 Beilagen)

**Der Luftreinhalteplan beider Basel 2016 inkl. 7 Beilagen ist unter
www.grosserrat.bs.ch/?doknr=17.0837.01 abrufbar (ca. 10 MB)**